



HESSISCHER LANDTAG

11. 06. 2019

INA

Antrag

Fraktion der SPD

Soziale Absicherung unverheirateter Partnerinnen und Partner von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gewährleisten

In Hessen sind rund 72.000 freiwillige Feuerwehrangehörige und 23.000 Katastrophenschützer aktiv, die sich an 365 Tagen im Jahr 24 Stunden lang für die Sicherheit und den Schutz der Menschen in unserem Land einsetzen – und zwar ehrenamtlich. Diese haben es verdient, dass ihre Partnerinnen und Partner ordentlich abgesichert sind, falls einem Helfer oder einer Helferin bei einem der vielen gefährlichen Einsätze an Brand-, Unfall- und Katastrophenorten ein Unglück geschieht.

Die Unfallkasse Hessen schlug vor, für den Fall, dass ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Einsatz ums Leben kommen, eine Einmalzahlung auch für unverheiratete Partnerinnen und Partner vorzusehen. Das hessische Sozialministerium lehnte diesen Vorschlag „aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“ ab. Somit haben unverheiratete Partnerinnen und Partner von freiwilligen Feuerwehrangehörigen und Katastrophenschützern in Hessen keine Absicherung, wenn diese bei einem Einsatz ums Leben kommen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag missbilligt, dass es für die Landesregierung eine Frage der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist, auch unverheiratete Partnerinnen und Partner von im Einsatz ums Leben gekommenen freiwilligen Feuerwehrangehörigen und Katastrophenschützern abzusichern. Der Landtag stellt fest, dass nur dank des ehrenamtlichen Engagements die Arbeit der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes wirtschaftlich und sparsam bei gleichzeitig hoher Qualität ist.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Umsetzung einer bundesweiten Regelung viel Zeit in Anspruch nehmen wird und es deshalb einer kurzfristigen Lösung bedarf, wie es sie beispielsweise in den Bundesländern Niedersachsen und Brandenburg gibt, um die Versorgungslücke zu schließen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Entschädigungsregelung für unverheiratete Partnerinnen und Partner von im Einsatz ums Leben gekommenen freiwilligen Feuerwehrangehörigen und Katastrophenschützern in angemessener Höhe zu schaffen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. Juni 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
Thorsten Schäfer-Gümbel